



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

25. hét

2019.06.17.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Das Parlament hat über Steuersenkungen entschieden und bereitet sich auf eine außerordentliche Sitzungsperiode vor:*

Die Senkung der Sozialabgabensteuer erfolgte im Rahmen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft und wurde von 160 der 199 Parlamentsabgeordneten unterstützt. Abgesehen von den Gesetzesänderungen gelangten Vorlagen zu aktuellen Fragen auf die Tagesordnung, so dass die Abgeordneten in dieser Woche täglich zusammenkommen werden.

Wirtschaftspolitik – *Binnen 7 Tagen kauften die Bürger Staatsanleihen im Wert von 500 Milliarden Forint:*

Wie im Rahmen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft angekündigt, wurde der Markt der Staatsanleihen für die Bevölkerung um ein neues Element, die „Ungarische Staatsanleihe Plus“, ergänzt, von der die Ungarn in nur einer Woche mehr als 500 Milliarden Forint zeichneten – mehr als je zuvor. Die Ausweitung des Bestands an Staatsanleihen liegt nach Darstellung des Finanzministeriums im volkswirtschaftlichen Interesse.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Die ungarische Regierung strebt eine friedliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa an:*

Unweit des Dorfes Úzvölgy im Komitat Hargita wurde nach dem Ersten Weltkrieg ein Soldatenfriedhof für die 1916 dort gefallenen Soldaten eingerichtet. Obgleich es keine Beweise dafür gibt, dass auf dem Friedhof auch rumänische Soldaten begraben wurden, errichtete die Gemeindeverwaltung von Dormánfalva nichtsdestotrotz eine rumänische Parzelle aus Betonkreuzen zum Gedenken an die gefallenen rumänischen Soldaten. Die Angelegenheit führte zu diplomatischer Verstimmung.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Die technische Bergung der verunglückten „Hableány“ aus der Donau konnte erfolgreich abgeschlossen werden:*

Mit Hilfe von nahezu fünfhundert Helfern gelang es, das Wrack des Ausfluggsschiffs „Hableány“ am vergangenen Montag in einem Stück zu heben. Die unversehrte Bergung des Wracks war deshalb von entscheidender Bedeutung, weil nur so die genauen Unfallumstände rekonstruiert werden können. Sowohl die Ungarn als auch die Südkoreaner sprachen nach dem Abschluss der Operation anerkennend von den gemeinsamen Rettungsarbeiten.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DAS PARLAMENT BESCHLOSS STEUERSENKUNGEN UND GEHT IN EINE AUSSERORDENTLICHE SITZUNG

Das Parlament hat in der vergangenen Woche zahlreiche wichtige Gesetze oder Gesetzesänderungen beschlossen und wird ab Montag auf Antrag der Regierung täglich zusammenkommen. Dabei befindet sich abgesehen von der Senkung der Sozialabgabensteuer auch die Vorlage einer Lex Czeglédy auf der Tagesordnung.

Am vergangenen Mittwoch verabschiedete das Parlament im Ausnahmeverfahren eine Vorlage des Finanzministers mit 160 Ja-Stimmen bei einer einzigen Gegenstimme und 5 Enthaltungen. Die Senkung der Sozialabgabensteuer verringert die Lasten der Arbeitgeber hinsichtlich ihres Abgabenanteils von bislang 19,5 auf 17,5 Prozent. Parallel dazu verändern sich die Regeln zur Feststellung der Steuerbemessungsgrundlage. Wenn eine Privatperson bezüglich eines gegebenen Einkommens zur Zahlung der Sozialabgabensteuer verpflichtet ist, müssen bei dieser Steuerpflicht an Stelle von 84 nunmehr 85 Prozent des Einkommens berücksichtigt werden. Die im Rahmen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft verkündeten Veränderungen sind notwendig, damit die ungarische Wirtschaft auch weiterhin gut abschneiden kann. Diese erreichte im ersten Quartal das höchste Wachstum innerhalb der Europäischen Union, woraufhin die Regierung die erreichten Ergebnisse der ungarischen Wirtschaft mit Steuersenkungen und weiteren Anregungen zu Beschäftigung schützen möchte.

Ebenfalls entschieden wurde die Modifizierung „einzelner für die Umgestaltung der Institutionen und zur Finanzierung des Systems von Forschung, Entwicklung und Innovationen notwendiger Gesetze“, was sich auf die Organisationsstrukturen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) auswirkt. Ziel der Änderung ist es, die zur Verfügung stehenden Ressourcen optimal und verantwortungsvoll zu nutzen, wobei eine Koordinierung zwischen den Akteuren auf den Gebieten Forschung und Innovationen, ein Ausschließen von Parallelen, eine Optimierung des Betriebs des Forschungs-Ökosystems und das Management der Bereiche mit Forschungsdefiziten sowie die Schaffung von Synergien zwischen den einzelnen Akteuren unvermeidlich sind.

Neben diesen materiellen Fragen bildete noch die Regulierung des Immunitätsrechts der Abgeordneten einen Gegenstand der Debatte im Parlament. Auslöser war im Sinne eines Beschlusses

der durch die Oppositionsparteien delegierten Mitglieder im Nationalen Wahlausschuss (NVB), dass der Politiker Csaba Czeplédy auf Position 36 der Landesliste der DK von seiner Immunität Gebrauch machen konnte. Im Sinne der aktuellen Modifizierung der einschlägigen Rechtsnorm würde Kandidaten für Wahlen keine Immunität zustehen, wenn ein Strafverfahren gegen diese Personen anhängig und bereits in die Phase der Klageerhebung getreten ist, noch bevor sie als Kandidaten registriert wurden.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

IN 7 TAGEN STAATSANLEIHEN IM WERT VON 500 MILLIARDEN FORINT GEKAUFT

Wie im Rahmen des Aktionsplans zum Schutz der Wirtschaft angekündigt, wurde der Markt der Staatsanleihen für die Bevölkerung um ein neues Element, die „Ungarische Staatsanleihe Plus“, ergänzt, von der die Ungarn in nur einer Woche mehr als 500 Milliarden Forint zeichneten – mehr als je zuvor. Die Ausweitung des Bestandes an Staatsanleihen liegt nach Darstellung des Finanzministeriums im volkswirtschaftlichen Interesse.

Bis 2023 soll der Bestand an Staatsanleihen bei der Bevölkerung auf 11.000 Milliarden Forint zunehmen – derzeit sind es insgesamt 8.060 Milliarden Forint. Die neue Ungarische Staatsanleihe Plus (MÁP+) konnte zwischen dem 3. und dem 7. Juni gezeichnet werden, wobei jedoch jede Woche eine neue Serie zum Kauf aufgelegt wird. In der ersten Zeichnungsperiode erwarben die Bürger Anleihen im Volumen von 529 Milliarden Forint, den bisherigen Rekord hielt die Anleihe 1MÁP aus dem Jahre 2017, als die Privatpersonen von der jährlichen Staatsanleihe ungefähr halb so viel, nämlich 206 Milliarden Forint kauften. Die Verzinsung der neuen Konstruktion erreicht schon im ersten Halbjahr auf Jahresbasis 3,5%, im zweiten Halbjahr 4%, woraufhin der Zinssatz mit jedem Jahr um 50 Basispunkte steigt, so dass die Anleger im 2. Jahr jährlich 4,5%, im 3. Jahr jährlich 5%, im 4. Jahr jährlich 5,5% und im 5. Jahr 6% für die Geldanlage erhalten. Damit ergibt sich während der fünfjährigen Laufzeit ein Ertrag der Anleihe von jährlich 4,95%. Der Bestand der Staatsanleihen in Händen der Bevölkerung setzt sich aus sieben Positionen zusammen: der Einjährigen Ungarischen Staatsanleihe, den Ungarischen Staatsanleihen „Premium und Bonus“, der Babyanleihe, der Zweijährigen Staatsanleihe, den Diskontschatzbriefen, der Halbjährigen Ungarischen Staatsanleihe und der Ungarischen Staatsanleihe „Premium Euro“. Der herausragende Erfolg der neuen

Konstruktion MÁP+ ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Kunden und Anleger Ressourcen aus Sparformen wie Festgeld- und Sichteinlagen, Investmentfonds und Aktien umschichteten.

Die enorme Nachfrage erklärt sich hauptsächlich daraus, dass es sich bei der neuen Staatsanleihe um eine der sichersten Geldanlagen am Markt handelt. Obendrein ist diese Konstruktion steuerfrei und weist eine hohe Verzinsung auf, da sie binnen fünf Jahren einen Gesamtertrag von 27,35 Prozent verspricht. Diese vorteilhaften Bedingungen und Konditionen sind deshalb vonnöten, weil die Regierung den Anteil der in Devisen gezeichneten ungarischen Staatsschulden weiter senken möchte. Das hat seinen Beweggrund darin, dass Schulden, die zu möglichst hohen Anteilen gegenüber dem Inland bestehen, Stabilität und Berechenbarkeit erhöhen, während sie zugleich die Abhängigkeit von externen Faktoren senken.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE UNGARISCHE REGIERUNG STREBT EINE FRIEDLICHE ZUSAMMENARBEIT IN MITTELEUROPA AN

Unweit des Dorfes Úzvölgy im Komitat Hargita wurde nach dem Ersten Weltkrieg ein Soldatenfriedhof für die 1916 dort gefallenen Soldaten eingerichtet. Obgleich es keine Beweise dafür gibt, dass auf dem Friedhof auch rumänische Soldaten begraben wurden, errichtete die Gemeindeverwaltung von Dormánfalva nichtsdestotrotz eine rumänische Parzelle aus Betonkreuzen zum Gedenken an die gefallenen rumänischen Soldaten. Die Angelegenheit führte zu diplomatischer Verstimmung.

Den an der Grenze des moldawischen Komitats Bákó zum Siebenbürger Komitat Hargita gelegenen Friedhof nahm die Gemeindeverwaltung von Dormánfalva vor drei Monaten in das Register ihrer eigenen Vermögenswerte auf. Einen Monat später stufte die im Übrigen mehrheitlich rumänische Komitatsverwaltung von Bákó diesen Schritt als rechtswidrig ein. Die Bedeutung des Soldatenfriedhofs Úzvölgy besteht für die Ungarn darin, dass es sich um den einzigen, teilrehabilitierten Soldatenfriedhof in Siebenbürgen handelt. In dem Tal wurden während des Ersten Weltkrieges eintausend Soldaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie beerdigt. Die Rumänen liquidierten während des Ersten bzw. Zweiten Weltkriegs sowie in den Jahrzehnten des Ceausescu-Regimes zahlreiche österreichisch-ungarische sowie ungarische Grabanlagen und für Soldaten

angelegte Parzellen. Die auch durch den ungarischen Staat unterstützte Wiederherstellung des Friedhofs im Tal der Úz begann gleich nach der Wende; seither wurden 670 Grabstätten restauriert. Der Friedhof wurde vor zwei Wochen „illegal“ durch rumänische Nationalisten besetzt, die sich mit den Sicherheitskräften anlegten und eine friedliche Menschenkette der ungarischen Szekler verhinderten.

Der Friedhof wurde wegen seiner historischen Bedeutung ein maßgebliches innenpolitisches Thema des Europawahlkampfes in Rumänien. Deshalb handelt es sich eindeutig um eine Provokation, die durch innenpolitische Motive genährt wird, worauf die ungarische Regierung mit angemessenen und friedlichen Lösungsvorschlägen reagierte. Die Zielstellung der Regierung lautet, die friedliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa mit der Bewahrung der ungarischen nationalen Identität in Einklang zu bringen. Das Außenministerium erwartet von den rumänischen Behörden die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes des Soldatenfriedhofs Úzvölgy sowie ein Ende der Beleidigung des Andenkens der Verstorbenen und der Grabschändungen. Im Interesse dieser Ziele konsultiert sie sich mit dem Siebenbürger Ungarnbund RMDSZ. Der rumänische Außenminister Teodor Melescanu informierte Péter Szijjártó, dass der Friedhof von Úzvölgy auf Weisung des rumänischen Ministerpräsidenten unter die Aufsicht des rumänischen Verteidigungsministeriums gestellt wird. Beide Seiten sind sich einig, dass eine friedliche Lösung gesucht werden muss.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE TECHNISCHE BERGUNG DER „HABLEÁNY“ AUS DER DONAU WURDE ERFOLGREICH BEENDET

Die Bergung geschah nach dem abgestimmten Drehbuch und frei von Störungen. Auf dem Schiff, das ein tragisches Schicksal ereilte, befanden sich neben den zwei ungarischen Besatzungsmitgliedern 33 südkoreanische Touristen auf abendlicher Stadtbesichtigung vom Fluss aus. Bei der Katastrophe kamen die beiden Ungarn und 22 koreanische Touristen ums Leben. Mehrere Opfer wurden in der Nähe des Unglücksortes bzw. am südlichen Abschnitt der Donau unterhalb von Budapest geborgen. In koordinierter Arbeit von Antiterrorzentrale TEK, Katastrophenschutz, Spezialtauchern der Koreanischen Armee sowie weiterer ungarischer und ausländischer Organisationen konnte das Wrack des Ausflugsschiffs „Hableány“ am 11. Juni 2019 in der Nähe der Margaretenbrücke gehoben

werden. Im Schiffskörper wurden die Leichen des ungarischen Kapitäns und von drei koreanischen Bürgern gefunden, darunter des als vermisst gemeldeten sechsjährigen Mädchens und seiner Mutter. Die Taucher und Techniker bereiteten die Bergung der „Hableány“ unter schwierigen, häufig lebensgefährlichen Bedingungen vor. Im kompletten südlichen ungarischen Abschnitt der Donau suchen die ungarischen Behörden weiter nach drei noch immer vermissten koreanischen Touristen. Das Wrack des Ausflugsschiffs wurde in den Flusshafen Csepel gebracht, wo es die Ermittler unter Einbeziehung von Schiffbauexperten untersuchen. Unterdessen wird der ukrainische Kapitän des Hotelschiffs „Viking Sigyn“ beschuldigt, unter Missachtung der Verkehrsregeln der Flussschifffahrt einen Unfall mit Todesfolge in zahlreichen Fällen herbeigeführt zu haben. Der Ministerpräsident Südkoreas, Lee Nak-yeon, dankte seinem Amtskollegen Viktor Orbán in einem Schreiben, dass Ungarn alles Erdenkliche für die Rettung bzw. die Auffindung der Opfer getan habe: „Der tragische Unfall hat das koreanische Volk schwer erschüttert. Nehmen Sie meinen Dank für die aktive Unterstützung und Zusammenarbeit entgegen, die Ihre Regierung schon bisher erbracht hat. Ich hoffe zutiefst, dass die gemeinsame Bewältigung der Krisenlage die Freundschaft und das gegenseitige Vertrauen der beiden Nationen weiter stärken wird.“ Ministerpräsident Viktor Orbán wird der Staatsführung Südkoreas Vorschläge unterbreiten, was für ein Denkmal der Tragödie gesetzt werden kann.

DREI KANDIDATEN TRETEN SICHER ZUR VORWAHL DER OPPOSITION AN

Am 17. Juni, also am heutigen Montag um 16 Uhr endet die Frist für das Sammeln von Unterschriften für die Teilnahme an der zweiten Runde der Vorwahl der Oppositionsparteien in Budapest. Bislang haben Gergely Karácsony (MSZP-P), Gábor Kerpel-Fronius (Momentum) und Olga Kálmán (DK) die für ein Antreten erforderlichen zweitausend Unterschriften gesammelt, doch könnte sich der Kreis der Teilnehmer an der Vorwahl noch um Zsolt Bede, Andor Schmuck und gegebenenfalls auch um Róbert Puzsér ausweiten. Die Kandidaten führen während des Zeitraums der Vorwahl drei Streitgespräche. Der Einsatz dieser Vorwahl lautet, dass die hinter der zweiten Runde stehenden Parteien (DK, Jobbik, LMP, Momentum, MSZP, Párbeszéd) sich verpflichtet haben, gegen den Sieger dieser Vorwahl für Budapest keinen Gegenkandidaten um das Oberbürgermeisteramt im Herbst aufzustellen. Es bleibt die Frage, wie glaubwürdig das zwischen den Parteien entstandene Vertrauensdefizit die Beibehaltung dieser Übereinkunft im weiteren Verlauf erscheinen lässt. Die eigentliche Abstimmung findet zwischen dem 20. Juni, 9 Uhr morgens und dem 26. Juni, 10 Uhr statt. Wie der Organisator der

Abstimmung, „aHang“, zusagte, kann nach Vorabregistrierung online im Internet oder aber persönlich in den eigens dafür aufgestellten Abstimmungszelten abgestimmt werden.

PROGNOSE

- Die Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten werden im Zuge ihrer in der vergangenen Woche in Budapest vorgenommenen Konsultation beim nächsten Gipfeltreffen des Europäischen Rates einen gemeinsamen Standpunkt vertreten. Noch ist keine Entscheidung über die wichtigsten europäischen Ämter zu erwarten, während sich die neuen Strukturen im Europaparlament allmählich herauskristallisieren.

Den nächsten Vorsitzenden der Europäischen Kommission wird die europäische Öffentlichkeit wahrscheinlich noch nicht kennenlernen, der Standpunkt der Visegrád-Staaten (V4) ist jedoch eindeutig: Sie werden ausschließlich Kandidaten unterstützen, die imstande sind, zwischen den auseinanderdriftenden europäischen Standpunkten zu vermitteln, ohne dabei die Politik einzelner Nationalstaaten zu diskreditieren. Der ungarische Ministerpräsident formulierte in seinem Radiointerview am vergangenen Freitag, „wenn man wichtige Dinge erreichen will, kommt es auf die Stärke an“, die V4 aber sind geschlossen und stellen deshalb einen gewichtigen Akteur in der Europäischen Union dar. Zwei wichtige Entwicklungen vor dem Gipfel am 20. Juni ergeben sich aus dem Zustandekommen der zwei neuen Fraktionen „Europa erneuern“ und „Identität und Demokratie“ (ID) im Europaparlament. Erstere kommt aus der Vereinigung der Partei Emmanuel Macrons mit der früher unter dem Kürzel ALDE bekannten liberalen Fraktion zustande, letztere im Ergebnis des in Rom durch Matteo Salvini auf den Weg gebrachten Bündnisses. Die ID-Fraktion unter Führung Salvinis wird die fünftgrößte Fraktion im Europaparlament (zwei Politiker der deutschen Satirepartei schlossen sich nur deshalb der Fraktion der Grünen an, um der Salvini-Fraktion den vierten Platz zu verwehren) und insgesamt neun Parteien bilden diesen Bund, die 73 Abgeordnete in dem (vorläufig noch) 751 Mandate starken Europaparlament stellen. Der durch Macron gestärkte liberale Bund könnte unterdessen weiteren Zulauf erhalten, denn im Namen verweist diese Fraktion fortan bewusst nicht länger auf den traditionellen „liberalen“ Begriff. Das Wort „liberal“ wurde auf Wunsch der Macron-Partei La République En Marche aus der Bezeichnung gestrichen, weil es in Frankreich negativ belegt ist.